

Bremen, 17.02.2006

Liebe Patientinnen und Patienten,

heute hat der Gesetzgeber, von den meisten Bürgern unbemerkt, das „Arzneimittelversorgungswirtschaftlichkeits-Gesetz“ ( AVWG ) verabschiedet. Es soll bereits am 01. April diesen Jahres in Kraft treten, hierüber möchten wir Sie informieren. Was die Krankenkassen sich für Sie und für uns an Nachteilen ausgedacht haben, ist ein Skandal, der durch die Politik heute legalisiert wurde. Budgetierung in der Medizin mit dem Ziel der Rationierung, d.h. nicht jeder Kranke kann das bekommen, was er benötigt, schadet der Gesundheit. Die deutsche Ärzteschaft lehnt deshalb das im o.g. Gesetz vorgesehene Instrument einer Bonus-Malus-Regelung für das vertragsärztliche Verordnungsverhalten entschieden ab.

Seit vielen Jahren ist sich die deutsche Ärzteschaft ihrer Verantwortung für eine wirtschaftliche Verordnungsweise bewusst. Wir sind laut Gesetz (SGB V) verpflichtet, für unsere Patienten die wirksamste medikamentöse Therapie zu wählen – Heilen und nicht Mangelverwaltung ist unsere Berufung. Die Umsetzung der Rationalisierung von Sachleistungen (Medikamenten und Heilmitteln) darf nicht Aufgabe der Ärzte werden.

Wir fordern deshalb die Fraktionen des Deutschen Bundestages als Gesetzgeber auf, das Gesetz zurück zu ziehen. Das Gesetz darf nicht angewendet werden. Es sieht vor, dass der verordnende Arzt bereits bei kleinsten Überschreitungen der Richtgröße (für Medikamente oder für Heilmittel) finanziell zur Verantwortung gezogen wird. Ärzte, die die willkürlichen Vorgaben um 10-20 Prozent überschreiten, bekommen ein Fünftel der Überschreitungssumme vom Honorar abgezogen. Wer über 30 Prozent über den Vorgaben liegt, wie z.B. Ärzte, die ausschließlich medikamentös zu behandelnde Erkrankungen behandeln wie Rheumatologen, Neurologen und Psychiater, Pneumologen, Kardiologen, Nephrologen, Schwerpunkt-Diabetologen oder Hämatologen, müssen für die Hälfte der Überschreitungssumme einstehen.

Das gemeinsame Bündnis der deutschen Ärzteschaft, unterstützt durch zahlreiche Patientenorganisationen, muss am „Tag der Ärzte“ am 24.03.2006 in Berlin wieder unter Beweis stellen, dass es eine Einigkeit gibt, an der die Politik auf Dauer nicht vorbei regieren kann.

Bitte denken Sie daran: „Nur zusammen sind wir stark genug“ !